

Edith Kuiper

Ökonomie: Feministische Kritik mikro- und makroökonomischer Theorien und Entwurf alternativer Ansätze

Grundlagen feministischer Ökonomie

Feministische Wirtschaftswissenschaftlerinnen haben länger als Wissenschaftlerinnen aus anderen Fachdisziplinen gebraucht, um sich von herrschenden Vorstellungen frei zu machen. Einer der Gründe hierfür könnte in der Dominanz der Mainstream-Ökonomie liegen, die zunehmend bestimmt, was als ökonomische Theorie gelten darf und die allen, die den orthodoxen Theorierahmen verlassen, den Status als Wirtschaftswissenschaftlerin abzusprechen droht. Feministische Arbeiten zu ökonomischen Problemen, etwa zur Situation von Frauen am Arbeitsmarkt, zur Rolle der Hausarbeit in der kapitalistischen Wirtschaft sowie zu den Auswirkungen entwicklungspolitischer Maßnahmen auf die (ökonomische) Situation von Frauen wurden deshalb zunächst außerhalb der hier betrachteten Wirtschaftswissenschaften, insbesondere in der politischen Ökonomie, der Soziologie, den politischen Wissenschaften und der Geschichte durchgeführt. Zu nennen sind insbesondere die Hausarbeitsdebatte, die Auseinandersetzung mit der Marxschen Tradition einschließlich strukturalistischer Positionen, die Analysen zum Verhältnis von ökonomischer und sozialpolitischer Bestimmung des Geschlechterverhältnisses sowie zur Frauenökonomie im internationalen Rahmen (u.a.: Beer 1984, 1991; Heise 1986). Auf diese Arbeiten gehe ich hier ebenso wenig ein wie auf feministische Ansätze aus der Betriebswirtschaft, insbesondere der Personalwirtschaft, sondern beschränke mich auf die im Rahmen der Wirtschaftswissenschaften (Volkswirtschaftslehre) geführte Diskussion mit einem Schwerpunkt auf der im Kontext der Internationalen Finanzinstitutionen (Weltbank, Internationaler Währungsfond) entwickelten Kritik.

Durch den geringen Status, den interdisziplinäre Arbeit in den Wirtschaftswissenschaften hat, sind auch die Kontakte und Kooperationen zwischen feministischen Wirtschaftswissenschaftlerinnen und der Frauenforschung in anderen Gebieten relativ spärlich. Dabei könnte einerseits eine stärkere interdisziplinäre Ausrichtung die feministischen Wirtschaftswissenschaften stärken und andererseits könnte die feministische Wirtschaftswissenschaft neue Perspektiven zu aktuellen ökonomischen Fragen, wie z.B. zu Globalisierungsprozessen und zur Rolle internationaler Finanzinstitutionen, beitragen.

In den 1960er bis 1980er Jahren wurde zunächst im Rahmen bestehender Theorien, z.B. der neoklassischen Theorie von Wirtschaftswissenschaftlern wie Gary Becker (1965, 1981) und Jacob Mincer (1962), Forschungen zur „Frauenfrage“ durchgeführt, um z.B. die Erwerbsbeteiligung von Frauen und die unterschiedliche Entlohnung von Frauen und Männern zu erklären. Die Theorien und Methoden selbst wurden dabei jedoch nicht in Frage gestellt.

Erst Ende der 1980er Jahre kritisierten Wirtschaftswissenschaftlerinnen wie Julie Nelson (1992), Diana Strassmann (1993), Frederike Maier (1993) und Ulla Regenhardt (Regenhardt/Maier/Carl 1994) ökonomische Grundkonzepte und das Wissenschafts- und Methodenverständnis der Ökonomie als androzentrisch. In 1993 organisierte eine Gruppe von Doktorandinnen an der Universität Amsterdam die erste internationale Konferenz über feministische Wirtschaftswissenschaften („Out of the Margin. Feminist Perspectives on Economic Theory“). Feministische Wirtschaftswissenschaftlerinnen aus einer Reihe von Ländern (z.B. Brasilien, China, USA, Nigeria und Finnland) machten u.a. deutlich, dass die Mainstream-Ökonomie ein sexistisches Frauenbild und

die geschlechtsspezifische, hierarchische Arbeitsteilung als einen grundsätzlichen hierarchischen Dualismus zur Grundlage hat (vgl. Kuiper/Sap 1995, Ferber/Nelson 1993, Nelson 1995, Ferber/Nelson 2003, Maier 2000, Regenhard 1998, Hoppe 2002, 2004).

Ausgehend von der in diesen Diskussionen entwickelten Kritik an den Annahmen der Mainstream-Ökonomie hat sich inzwischen auf vielen Teilgebieten eine feministische Wirtschaftswissenschaft herausgebildet. Diese bezieht sich insbesondere auf Datenkonstruktion, Anwendung und Entwicklung von Methoden, Modellen, Konzepten und Theorien, auf die Entwicklung sozialpolitischer Konzepte sowie auf Philosophie und Geschichte der Wirtschaftswissenschaften. Zu den wichtigsten Gebieten der feministischen Wirtschaftswissenschaften gehören:

- Arbeitsmarktforschung (z.B. geschlechtsspezifisch unterschiedliche Erwerbsbeteiligung und Entlohnung),
- Entwicklungsökonomie (z.B. geschlechtsspezifisch unterschiedliche Auswirkungen von makroökonomischer Politik, Welthandel und internationaler Entwicklung),
- Ökonomie der Versorgungsarbeit (z.B. Konzeptualisierung von Pflege- und Versorgungsarbeit, Fragen der Kinderbetreuung),
- Messung von unbezahlter Arbeit (z.B. Definition, Konzeptualisierung und Messung von unbezahlter Arbeit mit Hilfe von Zeitverwendungsstudien, Einbeziehung der unbezahlten Arbeit in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und die Wohlfahrtsindikatoren).

Diese Forschungsgebiete und Diskussionen hängen eng miteinander zusammen und tragen gemeinsam zur Entwicklung einer neuen Sicht auf die Ökonomie bei, die den Fokus nicht mehr ausschließlich auf Märkte und Erwerbsarbeit richtet, sondern auch den Wert unbezahlter Arbeit und Versorgungsarbeit, das Verhältnis von marktlichen und nicht-marktlichen Aktivitäten sowie die Rolle, die das Geschlecht für das ökonomische Verhalten, die Ausgestaltung von Politik und die ökonomische Theoriebildung spielt, einbezieht.

Neoklassische mikroökonomische Modelle: das Beispiel der „Neuen Haushaltsökonomie“ (*New Home Economics*)

Als Reaktion auf die zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen, die aufkommende Frauenbewegung und das Fehlen von Theorien, die die zunehmende Präsenz von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und die unterschiedliche Entlohnung von Frauen und Männern erklären konnten, entwickelte Gary Becker in den 1960er Jahren ein mikroökonomisches Modell als Grundlage der so genannten „Neuen Haushaltsökonomie“. Dieses Modell wird noch heute von der Weltbank als Grundmodell zur Konzeptualisierung des ökonomischen Verhaltens von Haushalten benutzt. Becker (1965, 1981) sieht die Familie als eine Einheit, in der die erwachsenen Familienmitglieder rationale Entscheidungen mit dem Ziel der Nutzenoptimierung für die Familie treffen. Zeit wird auf Arbeit, Haushalt und Freizeit aufgeteilt. Güter werden entweder gekauft oder zu Hause produziert. Erwerbsarbeit und unbezahlte Arbeit werden nach ihren komparativen Vorteilen aufgeteilt: Die Person mit der höchsten Produktivität auf dem Markt (dem höchsten Einkommen) spezialisiert sich ganz auf die Erwerbsarbeit, die andere konzentriert sich voll oder teilweise auf die Hausarbeit. Das Modell hat sein effizientestes Ergebnis dann, wenn sich mindestens ein Haushaltsmitglied ganz auf die Erwerbsarbeit spezialisiert (vgl. Becker 1981).

Beckers Modell ist eindeutig biologistisch-essentialistisch, da er Frauen aus biologischen Gründen auf Hausarbeit orientiert sieht und die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung nicht in Frage stellt, sondern stattdessen die zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen für eine Bedrohung der Familie hält (Becker 1981). Da in dem Modell die geschlechtshierarchischen, familieninternen Machtverhältnisse unberücksichtigt bleiben und nur der Gesamtnutzen des Haushalts, nicht aber die individuellen Interessen der Familienmitglieder betrachtet werden, hat das Modell zum Ergebnis,

dass die traditionelle Familie, in der der Mann der Hauptverdiener ist, die größte Effizienz aufweist. Notburga Ott (1992, 1993, 1995) kritisiert Becker und vertritt einen Ansatz, der auch Aushandlungsprozesse und die Möglichkeit der Ehescheidung einbezieht. Sie weist darauf hin, dass die volle Spezialisierung der Frauen auf die Hausarbeit ihre Position auf dem Arbeitsmarkt und damit ihre Verhandlungsposition innerhalb der Familie schwächt. Berücksichtigt man die Möglichkeit der Ehescheidung, kann nach Otts Meinung die volle Spezialisierung auf Hausarbeit nicht als rationales Verhalten erklärt werden (zur Kritik von Becker siehe auch Beer 1991, Hoppe 2002, Gustafsson 1997).

Die unterschiedlichen Arbeitseinkommen von Frauen und Männern werden in der ökonomischen Forschung oft mit Hilfe der „Humankapitaltheorie“ erklärt. In dieser Theorie wird unterstellt, dass das Humankapital zum Zeitpunkt des Eintritts in den Arbeitsmarkt von der Begabung und der Ausbildung abhängt und durch berufliche Erfahrung wächst. Je höher das Humankapital, desto höher das Arbeitseinkommen, weshalb berufliche Erfahrung sich in höherem Einkommen auszahlt, Berufsunterbrechungen dagegen zu Einkommensminderungen bei Wiederaufnahme der Erwerbsarbeit führen. In einigen Modellen wird darüber hinaus unterstellt, dass bei Frauen der Zuwachs an Humankapital durch Erwerbstätigkeit umso geringer ist, je mehr Kinder sie haben. Bei Männern wird dagegen kein solcher Zusammenhang angenommen.

Feministische Wirtschaftswissenschaftlerinnen haben diese ökonomischen Modelle angewendet, um die Frauendiskriminierung auf dem Arbeitsmarkt zu belegen (Schubert 1993, 1997), aber auch angepasst und kritisiert (zur Kritik siehe Regenhardt/Fiedler 1994, Symma 1995) und zugleich alternative Modelle wie das der „segregierten Arbeitsmärkte“ (vgl. Bergmann 1974) entwickelt. Die Humankapitaltheorie wurde kritisiert, weil sie den Prozess der Diskriminierung nicht direkt untersucht, und der Ansatz der Neuen Haushaltsökonomie, weil er die familieninternen Machtverhältnisse und Aushandlungsprozesse vernachlässigt. Um Einblick in die dynamischen Prozesse innerhalb von Haushalten und zwischen Haushalten zu gewinnen, muss mit geschlechterbezogenen disaggregierten Daten gearbeitet und die Rolle der unbezahlten Arbeit von Frauen bei ökonomischen Entscheidungen und Ergebnissen anerkannt werden (vgl. z.B. Elson 1995, Waring 1988).

Makroökonomische Theorien: das „Harrod-Domar-Modell“ und das „Australian Model“

Von feministischen Wirtschaftswissenschaftlerinnen kritisiert wurden auch die makroökonomischen Modelle, die von der Weltbank für ihre Modellierungen benutzt werden. Auf zwei dieser Modelle wird im Folgenden eingegangen: Auf das „Revised Minimum Standard Model“ (RMSM), das auf dem „Harrod-Domar-Wachstumsmodell“ beruht, und auf das „Australian Model“ oder „Open Economy Model“ (Elson 1995, Pouw 1995).

Das Harrod-Domar-Modell ist ein Modell zur Darstellung des Zusammenhangs von Wirtschaftswachstum, Höhe der Ersparnisse bzw. Sparquote (Anteil der Ersparnisse am Einkommen) und Zunahme des Outputs im Verhältnis zum zusätzlich eingesetzten Kapital (Kapital-Output-Relation). Das bereits in den 1930er Jahren entwickelte Modell wird dazu genutzt, um die für eine gewünschte Wachstumsrate bei einer gegebenen Produktivität des investierten Kapitals notwendige Spar- und Investitionsquote zu ermitteln, wobei die Notwendigkeit von Importen vorausgesetzt wird. Eine Grundannahme des Modells ist, dass alle verfügbaren Kapazitäten auch genutzt werden. Gibt es in einem Land nicht genug Ersparnisse oder Devisenreserven, kann eine Finanzhilfe nötig sein, um Wachstum herbeizuführen. Das Konsumniveau ergibt sich als Restgröße (Einkommen minus notwendiger Ersparnis). Zur Verteilung des Einkommens werden keine Annahmen getroffen. Im Kern ergibt das Modell, dass die Wachstumsrate umso höher ist, je höher die Sparrate.

Das „Australian Model“ oder „Open Economy Model“ beruht auf der Theorie des komparativen Vorteils, die besagt, dass sich Länder auf diejenigen Bereiche bzw. auf die Nutzung derjenigen

Produktionsfaktoren spezialisieren sollten, bei denen sie vergleichsweise niedrige Kosten haben, und die Waren importieren, die sie nur mit (relativ) hohen Kosten herstellen können. Das Modell beruht also auf dem gleichen Prinzip, das Becker in seinem Haushaltsmodell anwendet, um die Spezialisierung von Haushaltsmitgliedern theoretisch zu fassen.

Das „Open Economy Model“ unterscheidet zwischen *handelbaren* und *nicht-handelbaren* Gütern und Dienstleistungen. Die Preise von handelbaren Gütern (und Dienstleistungen) werden auf dem Weltmarkt bestimmt, die Preise von nicht-handelbaren Gütern im Inland. Im Gleichgewichtszustand gibt es eine spezifische Preisrelation zwischen den Preisen der handelbaren und der nicht-handelbaren Güter ($P = P_1 / P_2$). Das Modell wird z.B. dazu benutzt um zu erklären, was im Fall von ausländischer bzw. internationaler Finanzhilfe geschieht. Wenn die Menschen aufgrund von ausländischer Hilfe mehr konsumieren können, werden die nicht-handelbaren Güter knapp (handelbare Güter gibt es immer genug, da diese auf dem Weltmarkt gekauft werden können), was dazu führt, dass der Preis der nicht-handelbaren Güter steigt, worauf mehr nicht-handelbare Güter produziert werden (da es sich nun für mehr Unternehmen lohnt, sich auf diesem Markt zu engagieren). Nach dem Modell ist nun die Relation von handelbaren und nicht-handelbaren Gütern im Ungleichgewicht, es gehen zu viele Ressourcen in die Produktion von nicht handelbaren Gütern und zu wenig in die Produktion von handelbaren Gütern. Dies ist in vielen Entwicklungsländern ein Problem, eine häufig vorgeschlagene Lösung besteht darin, die handelbaren Güter und Dienstleistungen zu verteuern. Das wird meistens durch Abwertung der einheimischen Währung gemacht.

Die feministische Kritik (siehe z.B. Elson 1995, Pouw 1995, Beneria 1995, 2003) an diesen Modellen bezieht sich auf die Nichtbeachtung von Verteilungswirkungen, obwohl die Politik, die auf diesen Modellen basiert, durchaus Auswirkungen auf das Verhältnis der Staats- und Privatausgaben und auf die Einkommensverteilung hat, vor allem wenn Staatsausgaben gekürzt und Märkte liberalisiert werden, um eine stärkere Exportorientierung der betreffenden Volkswirtschaften zu erreichen. Auch die Annahme der voll genutzten Kapazitäten im „Harrod-Domar-Modell“ wird als wenig realitätsgerecht kritisiert, genauso wie die Tatsache, dass bestimmte Parameter in diesen Modellen als unabhängig betrachtet werden, obwohl sie möglicherweise voneinander abhängig sind. So können staatliche und private Investitionen so miteinander verknüpft sein, dass sich eine Kürzung der Staatsausgaben unmittelbar negativ auf die privaten Investitionen auswirken kann. Problematisiert wird auch, dass der Konsum nur als Restgröße angesehen wird.

Aus geschlechtsspezifischer Sicht ist vor allem zu kritisieren, dass die Modelle das komplextäre Verhältnis von Staat und Privatsektor unberücksichtigt lassen. Tatsächlich dienen Staatsausgaben oft zur Unterstützung der gesellschaftlichen Reproduktion und damit der Produktivität des Privatsektors (Elson 1995: 1856). Außerdem hängen die Effekte von Investitionen oft davon ab, für wen sie eingesetzt werden. Investitionen in die Gruppe der Frauen führen eher zu besserer Kindergesundheit und -ernährung als Investitionen in die Gruppe der Männer (vgl. World Bank 1990).

Die Unsichtbarkeit der unbezahlten Arbeit von Frauen ist in den meisten, wenn nicht in allen heutigen ökonomischen Modellen ein Problem, im „Open Economy Model“ ebenso wie im „Harrod-Domar-Modell“. Hinzu kommt, dass Investitionen und Output in Gestalt von gesellschaftlicher Reproduktion, die nicht in Geld umsetzbar sind, in den zu Grunde gelegten Statistiken oder in den Modellen selbst nicht berücksichtigt werden. Dies hat zur Folge, dass sich Verlagerungen, die zu größerer Ungleichheit im Geschlechterverhältnis führen, als Verbesserung der Kapitalproduktivität (Kapital-Output-Verhältnis) niederschlagen und als Wirtschaftswachstum gedeutet werden können.

Ein weiteres Problem besteht darin, dass die Modelle von einer vollständigen Zeitelastizität bei Frauen ausgehen, was bedeutet, dass Verlagerungen der Produktivität auf den unbezahlten Sektor nur als Ausgabenkürzungen bewertet und die Auswirkungen auf die Zeit der Frauen nicht berücksichtigt werden. Die allgemeine Tendenz ist, Frauen in die Lage zu versetzen, am Erwerbssektor teilzuhaben, ohne die Auswirkungen auf ihre unbezahlte Arbeit und ihre Ansprüche zu berücksichtigen. Dies kann jedoch verheerende Langzeiteffekte haben, z.B. wenn Mädchen aus der Schule genommen werden, um die unbezahlte Arbeit ihrer Mütter zu übernehmen. Laut Elson (1995) wird sogar in Modellen, die durchaus mit geschlechterbezogenen disaggregierten Daten arbeiten, kein Ver-

such unternommen, Arbeit aus der Sicht von Frauen zu betrachten und nach Möglichkeiten einer Veränderung zu suchen.

Zur Anwendung dieser Modelle im Entwicklungsprozess

Die vorgestellten Modelle sind von Regierungen und internationalen Institutionen wie der Weltbank (WB) und dem Internationalen Währungsfond (IWF) als Grundlage von Wirtschaftspolitik und Armutsbekämpfung weltweit angewendet worden. Diese Anwendung, die Ausgestaltung und Umsetzung von Entwicklungspolitik und die Auswirkungen, die dies auf Frauen (und Männer) hatte, wurde von feministischen, aber auch von vielen anderen Wirtschaftswissenschaftlerinnen scharf kritisiert. Diane Elson (1991) unterscheidet in ihrer Studie „Male Bias in the Development Process“ drei zentrale Verzerrungen (Bias) zugunsten von Männern:

- *Männer-Bias die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung betreffend:* In der Mehrzahl der Fälle wird nicht berücksichtigt, dass bestimmte Aufgaben als ‚Frauenarbeit‘ und andere als ‚Männerarbeit‘ betrachtet werden, obwohl diese geschlechtsspezifische Zuordnung dazu führt, dass sich wirtschaftspolitische Maßnahmen in den meisten Fällen unterschiedlich auf Frauen und Männer auswirken.
- *Männer-Bias die unbezahlte Hausarbeit betreffend:* Die von Frauen im Haushalt geleistete Arbeit wird ausgeklammert, weil sie unbezahlt ist und (daher) nicht gemessen und als produktiv angesehen wird.
- *Männer-Bias den Haushalt betreffend:* Der Haushalt wird im Allgemeinen als die kleinste ökonomische Analyseeinheit angesehen. Damit bleibt die familieninterne Dynamik unberücksichtigt. Eine Verlagerung der durch schwächeres Wirtschaftswachstum verursachten Lasten auf die Familie, etwa durch Kürzungen von Staatsausgaben, kann unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer haben, da die Verhandlungspositionen von Frauen und Männern in der Familie unterschiedlich sind (vgl. Woestmann 1994: 11, Pouw 1995: 15f).

Diese Verzerrungen haben zu einer fehlgeleiteten Politik geführt, die in vielen Fällen die ökonomische Position von Frauen letztlich nicht verbessert, sondern verschlechtert hat (vgl. Beneria 2003). Dazu einige Erläuterungen zur Funktionsweise der Politik von Weltbank und Internationalem Währungsfond (IWF).

Wenn ein Land finanzielle Probleme hat und sich wegen eines Darlehens an den IWF oder die Weltbank wendet, konzentriert sich der IWF auf Finanzplanung und Ausgabenkürzungen, um die Ausgaben in einem Land in Übereinstimmung mit den vorhandenen Mitteln zu bringen. Die Weltbank pumpt Darlehen und Finanzhilfe hinein, um wirtschaftliches Wachstum herbeizuführen und die Wirtschaft zu beleben. Der Grundgedanke dabei ist, dass die Schaffung von marktwirtschaftlichen Bedingungen oder die Befreiung der Märkte von zu starken staatlichen Regulierungen und Staatseingriffen zu wirtschaftlichem Wachstum führt. Im so genannten „Washington Consensus“ einem von der US-Regierung, der Weltbank, dem IWF und der Welthandelsorganisation getragenen, kohärenten System von ökonomischen Konzepten und Wirtschaftspolitik galt die „freie Marktwirtschaft“ als effizientes Instrument der Armutsbekämpfung. Das Rezept, um die Märkte in die Lage zu versetzen, reibungslos zu funktionieren und Angebot und Nachfrage zusammenzubringen, besteht in der Minimierung der Staatseingriffe, um so den Markt zu stützen und Preisverzerrungen zu beseitigen.

Diane Elson (1995) stellt in ihrem Beitrag in der Sonderausgabe der Zeitschrift „World Development“ fest, dass dieser Ansatz zwar manchmal funktionieren kann, die Minimierung staatlichen Handelns jedoch in vielen Fällen zu einem Rückgang der öffentlichen Investitionen führt, ohne dass Investitionen aus dem Ausland oder dem Privatsektor diese ersetzen. Die daraus folgende Knappheit an Dienstleistungen geht größtenteils zu Lasten der Frauen, die den Wegfall durch mehr unbe-

zahlte Reproduktionsarbeit ausgleichen müssen bzw. deren Reproduktionsarbeit weniger unterstützt wird. Mehr Markt führt nicht immer dazu, dass Menschen mehr produzieren, und mehr Investitionen führen nicht immer zu mehr Investitionen in Menschen. Und auch wenn die Investitionen zunehmen und zu steigender Beschäftigung und mehr Konsum führen, so heißt dies auch, dass mehr Menschen und mehr Tätigkeiten der Profitmaximierung und den Kräften des Marktes unterworfen werden (vgl. Elson 1995: 1835), was in vielen Fällen eine einseitige Abhängigkeit der ArbeiterInnen vom Großkapital bedeutet. Zunehmende Frauenerwerbstätigkeit in „Export Processing Zones“ (EPZ) geht oft mit der Vernichtung alternativer Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen, aber auch für ihre Väter, Brüder und Männer einher. Forderungen nach höheren Löhnen ziehen häufig einen Produktionsrückgang nach sich, da Großunternehmen ihre Produktion auslagern (vgl. Elson 1995, Seguino 2004).

Neuere makroökonomische Ansätze

Seit 1998 hat sich die Politik der Weltbank in relevanten Punkten verändert: Berücksichtigt werden nun auch die Unvollkommenheiten von Märkten, die Rolle von Informationen, Risiken, Vertrauen, Institutionen und Werten. Dieser so genannte „Post-Washington Consensus“, angeregt von Joseph Stiglitz (1998) ist in seiner Konzeptualisierung von sozialem Zusammenhalt, Humankapital und Sozialverhalten umfassender. Er erkennt die Kosten von Transaktionen und begrenzter Information an und begreift Institutionen als eine effiziente Lösung für diese Probleme, vertraut also nicht mehr blind und einseitig nur den Marktkräften. Douglas North (1990), ein Vertreter dieses Ansatzes der so genannten „Neo-Institutional Economics“ unterscheidet zwischen formalen Institutionen (Regeln, Normen usw.) und informellen Institutionen (Traditionen, Bräuche und andere nicht-formalisierte Verhaltensnormen). Außerdem benennt er Organisationen, in denen sowohl formale als auch informelle Institutionen das Verhalten regulieren und unterschiedliche Beschränkungen für Frauen und Männer festlegen. „Definiert man Institutionen als Beschränkungen, die sich die Menschen selber auferlegen, erhält man eine Definition, die sich komplementär zum *Rational-Choice*-Ansatz der neoklassischen Wirtschaftstheorie verhält. Die Entwicklung einer Theorie der Institutionen, die auf individuellen Entscheidungen aufbaut, ist ein Schritt zum Ausgleich der Differenzen zwischen der Ökonomie und den anderen Sozialwissenschaften“ (North 1990: 5).

Feministische Kritikerinnen wie Suzanne Bergeron (2004) und andere Kritiker wie Ben Nicolas Guilhot (2004) und Fine/Lapavistas/Pincus (2001) geben jedoch zu bedenken, dass der neo-institutionalistische Ansatz zwar mehr Raum für ein breiteres Spektrum von Einflussfaktoren bietet, die Grundvorstellungen von profitmaximierenden Individuen und von der Rolle konkurrenzorientierter Märkte jedoch nicht antastet.

Feministische ökonomische Modellierung bei der Weltbank

1995 veröffentlichte eine Gruppe von feministischen Wirtschaftswissenschaftlerinnen – u.a. Nilüfer Cagatay, Diane Elson und Caren Grown (1995) – eine kohärente Kritik am Männer-Bias der von der Weltbank in „World Development“ benutzten Modelle. Beneria (1995) verweist auf die negativen Auswirkungen von Strukturanpassungsprogrammen (SAP) und betont, wie wichtig die feministische Kritik an den von der Weltbank und dem IWF benutzten makroökonomischen Modellen wie auch die Konstruktion neuer, die feministischen Anliegen einbeziehender Konzepte, Modelle und Theorien ist (zur Einbettung der Ökonomie in die Entwicklungspolitik siehe auch Lachenmann/Dannecker 2001, Lachenmann 1998). Elson (1995) gibt einen kurzen Überblick über die vier wichtigsten Ansätze zur *Einbeziehung des Geschlechts* in die Gestaltung makroökonomischer Politik:

1. Einbeziehung des Geschlechts in ein makroökonomisches Modell, in dem mindestens eine der Variablen geschlechterbezogen disaggregiert wird. Zu denken wäre etwa an eine Disaggregation von Haushaltsdaten in Daten für Frauen und Daten für Männer.
2. Betrachtung der Wirtschaft aus der Sicht von Frauen und Bestimmung fehlender Variablen. Dies würde Variablen erfordern, die zum Beispiel die Erwerbsbeteiligung von Frauen mit der Zahl der Stunden verknüpfen, in denen Frauen unbezahlte Arbeit leisten, usw.
3. Konzeptualisierung der Volkswirtschaft als einer vergeschlechtlichten Struktur. Dabei werden ökonomische Institutionen als Träger von Gender und das Geschlechterverhältnis als Faktor verstanden, der das Funktionieren der Marktwirtschaft von innen heraus beeinflusst.
4. Betrachtung des Aggregationsprozesses selbst als vergeschlechtlichtem Prozess. Dies bedeutet, die Aufmerksamkeit darauf zu richten, wie der Aggregationsprozess durchgeführt wird und wer die Entscheidung darüber fällt, was in ein Modell aufzunehmen bzw. aus ihm auszuschließen ist; d.h. Betrachtung der „Schließung“ des Modells (Elson 1995: 1851f.).

Zum Wandel des Denkens und der Politik der Weltbank gehört nicht nur eine stärkere Konzentration auf die Armutsbekämpfung. Die Weltbank initiierte auch ein großes Gender-Projekt, bei dem sie mit einem breiten Spektrum von Nichtregierungsorganisationen und ExpertInnen zusammenarbeitete, um zu einer differenzierteren Konzeptualisierung von Gender-Fragen insbesondere in Bezug auf das Verhältnis von Entwicklung, Wirtschaftswachstum, (Un-)Gleichheit der Geschlechter und Armut. Das Ergebnis wurde in Form des Berichts „Engendering Development. Through Gender Equality in Rights, Resources, and Voice“ (2001) veröffentlicht. Dieser Bericht hebt den Zusammenhang zwischen Armut und Ungleichheit der Geschlechter hervor und betont, dass Armut nicht wirklich bekämpft werden kann, wenn nicht zugleich die Ungleichheit der Geschlechter bekämpft und eine geschlechterbewusst Politik gemacht wird. „Soll Entwicklung wirksam gefördert werden, müssen Gender-Fragen ein integraler Bestandteil von Analyse, Design und Implementierung von Entwicklungspolitik sein“ (ebd.: xii). Ungleichheit der Geschlechter wird als Hemmnis für wirtschaftliches Wachstum gesehen und drei wichtige Strategien zur Förderung der Geschlechtergleichheit skizziert:

- *Gleiche Rechte*, d.h. Reformen von Institutionen, um Gleichberechtigung und Chancengleichheit für Frauen und Männer zu schaffen.
- *Gleicher Zugang zu Ressourcen*, d.h. Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung, um stärkere Anreize für mehr Gleichheit von Frauen (und Männern) beim Zugang zu und der Verfügung über Ressourcen zu schaffen.
- *Gleiche Stimme*, d.h. aktive Maßnahmen zur Beseitigung von Disparitäten bei der politischen Mitsprache.

Der Bericht definiert „Gender“ als Bezeichnung für sozial konstruierte Rollen und sozial erlernte Verhaltensweisen und Erwartungen, die mit Frauen bzw. Männern assoziiert werden. „Gleichheit der Geschlechter“ wird definiert als „gesetzliche Gleichberechtigung, Chancengleichheit und gleiche Mitsprache“ (ebd.: 2f.). Als Grundlagen der fortbestehenden Diskriminierung werden genannt: Institutionen (soziale Normen, Gesetze und Märkte), Haushalt und Familien und die Wirtschaft. Darüber hinaus sind in dem Bericht einige allgemeinere Veränderungen der Vorstellungen über das Funktionieren der Wirtschaft enthalten. Zum Beispiel wird nun die Rolle des Staates für wichtig erachtet, etwa bei der Kompensation von Marktversagen oder bei der zur Verfügungsstellung von Informationen über die Arbeitsmärkte.

Der Bericht führt Diskriminierung weitgehend auf Informationsmangel zurück. Das Fehlen von Informationen z.B. über die tatsächliche Produktivität von Beschäftigten führe dazu, dass sich Unternehmen bei der Auswahl von BewerberInnen weiterhin auf Geschlechterstereotypen wie auch Stereotypen über ‚race‘, Alter oder die Bedeutung von Bildungsabschlüssen stützen (ebd.: 126). Deshalb wird erwartet, dass mit der Entwicklung der Informationsmärkte und der damit verbundenen Verbilligung der Informationsbeschaffung für die Arbeitgeber Diskriminierungen abnehmen

werden. Das klingt so, als hätte sich am Verständnis von Diskriminierung gegenüber der eingangs zitierten Auffassung von Becker nicht viel geändert – der Markt wird die Diskriminierung zum Verschwinden bringen – doch wird auch festgestellt, dass die meisten heutigen Konkurrenz- und Informationsmodelle den Einfluss unterschätzen, den Normen und Bräuche auf das Individual- und Gruppenverhalten und damit auf die Aufrechterhaltung von diskriminierendem Verhalten haben können. Normen und Traditionen, die Frauen auf „Heim und Herd“ und ihre Arbeit auf die unbezahlte Hausarbeit beschränken, sind ein wichtiger Faktor zur Erklärung von Geschlechterdifferenzen (ebd.: 127).

Der Bericht betont, dass ökonomische Anreize, staatliche Investitionen und die Machtverteilung innerhalb der Familie sich auf die geschlechtsspezifisch unterschiedliche Allokation von Ressourcen und Investitionen in der Familie auswirken und schlägt statt dem traditionellen Modell, in dem der Haushalt als die ökonomische Grundeinheit angesehen wird, ein Aushandlungsmodell vor, das die Position von Frauen innerhalb und außerhalb der Familie berücksichtigt. Dies ist ein wesentlicher Fortschritt und ernsthafter Versuch, die neuesten (feministischen) ökonomischen Konzepte zu integrieren. Zu einer umfassenden Analyse und Diskussion über den Beitrag, den dieser Bericht zu einer gendersensiblen Herangehensweise an ökonomische Entwicklung leistet, vgl. Kuiper/Barker 2006.

All dies jedoch bewegt sich durchaus noch innerhalb des allgemeinen theoretischen Bezugsrahmens der Weltbank (und des IWF und der Welthandelsorganisation), in dem das wirtschaftliche Wachstum die zentrale Größe und der Markt das wichtigste Mittel ist, dieses Wachstum herbeizuführen. Die unbezahlte Arbeit von Frauen wird nicht bewertet, gemessen oder konzeptualisiert, es sei denn als soziales Kapital in seiner Funktion für das Marktverhalten – trotz der im Weltentwicklungsbericht 2000 nachzulesenden Aussage, dass eine stabile, mit wohlüberlegter Steuer- und Geldpolitik gesteuerte Makroökonomie eine wesentliche Hintergrundbedingung für die Entwicklungspolitik nach diesem neuen Ansatz bildet. Zu einer stabilen makroökonomischen Umgebung gehört auch die „andere Hälfte der Bilanz“ (World Bank 2000: 21). Obwohl bei der Integration von Gender in die von der Weltbank zu Gender-Fragen benutzten Modelle wesentliche Fortschritte gemacht wurden, bleibt die allgemeine makroökonomische Politik bisher unverändert.

Ausblick

Bis jetzt hat sich die Kritik feministischer und anderer WirtschaftswissenschaftlerInnen auf die Herangehensweise der Weltbank an Gender-Fragen konzentriert. Es wird jedoch immer klarer, dass Gender-Fragen zwar zunehmend Eingang in die Aushandlung und Ausgestaltung der Politik finden, die auf wirtschaftliche Stabilität und Wirtschaftswachstum ausgerichtete makroökonomische Politik selbst aber nicht angetastet wird.

Doch gibt es Anzeichen, die auf eine Veränderung hindeuten. Der IWF hat selbst angekündigt, dass Gender-Fragen in seiner Politik stärker berücksichtigt werden sollen. Auch in der WTO wächst das Interesse hieran. Daraus ergibt sich eine Aufgabe für die feministischen Wirtschaftswissenschaftlerinnen, da sie ihre Kritik konkretisieren und kritische Behauptungen mit ökonomischen Daten und wirtschaftswissenschaftlicher Forschung untermauern können. Das heißt, nicht nur zu kritisieren, sondern auch neue Modelle und Konzepte und ein Verständnis der politischen Rolle der Wirtschaftswissenschaften zu entwickeln.

Ins Deutsche übertragen von Hella Beister

Verweise: → Arbeit → Armut → Erwerbsarbeit → Globalisierung → Subsistenzansatz

Literatur

- Becker, Gary S. 1965: The Allocation of Time. In: *Journal of Political Economy*, Vol. 80, Nr. 4, S. 623-648
- Becker, Gary S. 1981: *A Treatise on the Family*. Cambridge, MA: Harvard University Press
- Beer, Ursula 1984: *Theorien geschlechtlicher Arbeitsteilung*. Frankfurt/M., New York: Campus
- Beer, Ursula 1991: *Geschlecht, Struktur, Geschichte. Soziale Konstituierung des Geschlechterverhältnisses*. Frankfurt/M., New York: Campus
- Beneria, Lourdes 1995: Towards a Greater Integration of Gender in Economics. In: *World Development*, Vol. 23, Nr. 11, Washington: World Bank, S. 1839-1850
- Beneria, Lourdes 2003: Economic Rationality and Globalization: A Feminist Perspective. In Nelson, Julie A./Marianne A. Ferber (Hrsg.): *Feminist Economics Today: Beyond Economic Man*. Chicago: University of Chicago Press
- Bergeron, Suzanne 2004: *Fragments of Development. Nation, Gender, and the Space of Modernity*. Michigan: University of Michigan Press
- Bergmann, Barbara 1974: Occupational segregation, wages and profits when employers discriminate by race and sex. In: *Eastern Economic Journal* 1, 1-2, S. 103-100
- Cagatay, Nilüfer/Diane Elson/Caren Grown 1995: Gender, Adjustment and Macroeconomics: Introduction. In: *World Development*, Vol. 23, Nr. 11, Washington: World Bank, S. 1827-1836
- Diskussionskreis „Frau und Wissenschaft“ (Hrsg.) 1997: *Ökonomie weiterdenken! Beiträge von Frauen zu einer Erweiterung von Gegenstand und Methode*. Frankfurt/M., New York: Campus
- Elson, Diane 1991: *Male Bias in the Development Process*. Manchester: Manchester University Press
- Elson, Diane 1995: Gender Awareness in Modeling Structural Adjustment. In: *World Development* Vol. 23, Nr. 11, S. 1851-1868
- Ferber, Marianne A./Julie A. Nelson 1993: *Beyond Economic Man. Feminist Theory and Economics*. Chicago, London: The University of Chicago Press
- Ferber, Marianne A./Julie A. Nelson 2003: *Feminist Economics Today: Beyond Economic Man*. Chicago, London: The University of Chicago Press
- Fine, Ben/Costas Lapavistas/Jonathan Pincus (Hrsg.) 2001: *Development Policy in the Twenty-First Century. Beyond the post-Washington Consensus*. London, New York: Routledge
- Gudrun Lachenmann 1998: *Strukturanpassung aus Frauensicht: Entwicklungskonzepte und Transformationsprozesse*. In: Klingebiel, Ruth/Randeria, Shalini (Hrsg.): *Globalisierung aus Frauensicht. Bilanzen und Visionen*. Bonn: Dietz, S. 294-329
- Guillhot, Nicolas 2004: *The Democracy Makers. Foreign Policy Activists, Political Scientists and the Construction of an International Market for Political Value (Thesis)*. Florence: EUI
- Gustafsson, Siv S. 1997: Feminist Neo-Classical Economics: Some Examples. In: Dijkstra, Geske/Janneke Plantenga (Hrsg.): *A European Perspective on Gender and Economics*. London, New York: Routledge, S. 36-53
- Heise, Hildegard 1986: *Flucht vor der Widersprüchlichkeit. Kapitalistische Produktionsweise und Geschlechterbeziehung*. Frankfurt/M., New York: Campus
- Hoppe, Hella 2002: *Feministische Ökonomik: Gender in Wirtschaftstheorien und ihre Methoden*. Berlin: Edition Sigma
- Hoppe, Hella 2004: *Feministische Ökonomie: Eine wissenschaftliche Diskussion*. In: *Netzwerk Frauenforschung NRW, Journal* Nr. 16/2004, S. 57-62
- Krebs, Angelika 1997: *Feministische Wissenschaftskritik und Ökonomie*. In: Diskussionskreis „Frau und Wissenschaft“ (Hrsg.): *Ökonomie weiterdenken!* Frankfurt/M., New York, S. 29-42
- Kuiper, Edith/Jolanda Sap (Hrsg.) 1995: *Out of the Margin: Feminist Perspectives on Economic Theory*. London, New York: Routledge
- Kuiper, Edith/Drucilla K. Barker (Hrsg.) 2006: *Feminist Economics and The World Bank. History, Theory and Polica*. London/New York: Routledge
- Lachenmann, Gudrun/Petra Dannecker (Hrsg.) 2001: *Die geschlechtsspezifische Einbettung der Ökonomie. Empirische Untersuchungen über Entwicklungs- und Transformationsprozesse*. Hamburg: LIT
- Maier, Friederike 1993: *Homo Oeconomicus – Zur geschlechtsspezifischen Konstruktion der Wirtschaftswissenschaften*. In: *Prokla* Bd. 23/Nr. 4, S. 551-574
- Maier, Friederike 2000: *Wirtschaftswissenschaft*. In: Braun, Christina v./Inge Stephan (Hrsg.): *Gender Studies. Eine Einführung*. Stuttgart, Weimar: J. B. Metzler, S. 142-154

- Mincer, Jacob 1962: „The Labor Force Participation of Married Women“. In: Lewis, H.G. (Hrsg.): *Aspects of Labor Economics*, Princeton: Princeton University Press
- Nelson, Julie A. 1992: Gender as a Metaphor. In: *Economics & Philosophy*, Vol. 8 (1), S. 103-125
- Nelson, Julie A. 1995: *Feminism, Objectivity and Economics*. London, New York: Routledge
- North, Douglas 1990: *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*. New York: Cambridge University Press
- Ott, Notburga 1992: *Intrafamily Bargaining and Household Decisions*. New York: Springer Verlag
- Ott, Notburga 1995: Fertility and Division of Work in the Family. In: Kuiper, Edith/Jolande Sap u.a. (Hrsg.): *Out of the Margin. Feminist Perspectives on Economics*. London, New York: Routledge, S. 80-99
- Pouw, Nicky 1995: *Gender Relations in the Development Process. A Theoretical Analysis of the World Bank's Economic Framework*. Amsterdam: Doctoral thesis
- Regenhard, Ulla (Hrsg.) 1998: *Die männliche Wirtschaft. Geschlechtertrennung und Konzepte zur Frauenintegration*. Fhw-Forschung Bd. 32/33. Berlin: Edition Sigma
- Regenhard, Ulla/Angela Fiedler 1994: Frauenlöhne: Resultat rationalen Optimierungsverhaltens? In: Regenhard, Ulla/Friederike Maier/Andrea-Hilla Carl (Hrsg.): *Ökonomische Theorien und Geschlechterverhältnis. Der männliche Blick der Wirtschaftswissenschaft*. Fhw-forschung Bd. 23/24. Berlin: Edition Sigma, S. 41-65
- Regenhard, Ulla/Friederike Maier/Andrea-Hilla Carl (Hrsg.) 1994: *Ökonomische Theorien und Geschlechterverhältnis. Der männliche Blick der Wirtschaftswissenschaft*. Fhw-forschung Bd. 23/24. Berlin: Edition Sigma
- Schubert, Renate 1993: *Ökonomische Diskriminierung von Frauen. Eine volkswirtschaftliche Verschwendung*. Frankfurt/M.: Fischer
- Schubert, Renate 1997: Frauen im Arbeitsmarkt – Zur Relevanz von Diskriminierung. In: *Diskussionskreis „Frau und Wissenschaft“* (Hrsg.): *Ökonomie weiterdenken! Beiträge von Frauen zu einer Erweiterung von Gegenstand und Methode*. Frankfurt/M., New York: Campus, S. 177-199
- Seguino, Stephanie 2004: Taking Gender Differences in Bargaining Power Seriously: Equity, Labor Standards, and Living Wages. In: Kuiper, Edith/Drucilla K. Barker (Hrsg.): *A Feminist Economic Perspective on The World Bank*. London: Routledge
- Stiglitz, Joseph 1998: „More instruments and broadgoals: Moving toward the post Washington consencuc“, the 1998 WIDER Annual lecture, Helsinki, 7 January
- Strassmann, Diana 1993: Not A Free Market: The Rhetoric of Disciplinary Authority in Economics. In: Ferber, Marianne A./Julie A. Nelson: *Beyond Economic Man*. Chicago: University of Chicago Press, S. 54-68
- Symma, Britta 1995: Die unheimliche Allianz zwischen neoklassischer Haushaltsökonomie und feministischer Wirtschaftstheorie. In: *Peripherie*, Bd. 15/Nr. 57/58, S. 38-57
- Waring, Marilyn 1988: *If Women Counted. A New Feminist Economics*. New York: Harper & Row
- Woestman, Lois 1994: *World Bank Structural Adjustment and Gender Policies*. The Hague, Netherlands: ISS, EURODAD/WIDE Position Paper
- World Bank 1990: *World Development Report 1990*. Washington: The World Bank
- World Bank 2000: *World Development Report 2000*. Washington: The World Bank
- World Bank 2001: *Engendering development. Through Gender Equality in Rights, Resources and voice*. A World Bank Policy Research Report. Oxford: Oxford University Press